

Angstbetreuung statt Selbstverantwortung

Es ist jahrhundertealtes Selbstverständnis der öffentlichen Funktionäre, dass sie besser wissen, was für die Menschen gut ist als diese Menschen selbst. Die Diktaturen schreiben deshalb den Menschen vor, wie sie handeln sollen, wofür sie da sind und was sie zu tun und zu lassen haben. Beispiele hierfür sind die kommunistischen Diktaturen ehemals in der Sowjetunion und jetzt noch in China.

Aber auch in Demokratien wollen die öffentlichen Funktionäre durch Betreuung herrschen – nicht nur im Sozialwesen, sondern auch in der ganzen Gesellschaft. Sie wollen bestimmen, was herrschende Meinung ist (mit der Folge, dass andere Meinungen diskriminiert werden) und sie wollen die öffentlichen Gelder von den Leistungsträgern auf ihre Anhängerschaft umverteilen und sich durch diese Leistungen Zustimmung und Macht erkaufen.

Da aber die alten sozialistischen Klassenkampfthesen inzwischen widerlegt und gescheitert sind, produzieren die Sozialfunktionäre Massenängste, um auf dieser Welle ihre Herrschafts- und Umverteilungsziele zu erreichen. Beispiele hierfür sind: Die Ängste vor der Atomenergie zu einer ideologischen und völlig unwirtschaftlichen Energiewende, die Angst vor dem Weltende (Fridays for Future) zum Kampf gegen Wirtschaft und Zivilisation, jetzt die Corona-Angst, um einen Schuldigen für den begonnenen Finanz- und Wirtschaftscrash zu haben.

Die Corona-Angst hat unsere demokratische und wirtschaftliche Selbstbestimmung zu einer dirigistischen Fremdbestimmung umgedreht, hat unsere Demokratie möglicherweise langfristig verändert.

Unsere Bevölkerung war aus Corona-Angst nicht nur bereit, ihre persönliche Freiheit einschränken zu lassen, sie hat auch nicht protestiert, als sich die Funktionäre auf Kosten der Bürger in nie dagewesener Weise nicht nur Milliarden, sondern Billionen Gelder bewilligten, ohne die Parlamente zu fragen und ohne danach zu fragen, wer dies nachher zurückzahlen soll. Nicht einmal, als Merkel sich von Macron erpressen ließ, 500 Milliarden Gelder an die europäischen Pleite- und Korruptionsstaaten als Geschenk zur Verfügung zu stellen, hat es einen Aufstand der deutschen Bürger

gegeben, die dies – da die Pleitestaaten es langfristig nicht mehr können – letztlich alles zurückzahlen müssen. Das höchste demokratische Souveränitätsrecht der Bürger, über die Höhe ihrer Abgaben zu bestimmen, ist unter dem Vorwand „europäischer Solidarität“ listig nach Brüssel verlagert worden, denn wer 750 Milliarden Euro verteilen kann, muss diese 750 Milliarden nachher entweder auf die Mitglieder verteilen – was nicht geduldet werden wird – oder durch eigene Steuern wieder abzahlen. Euro-Politiker haben also die Corona-Angst missbraucht, um sich damit vertrags- und gesetzeswidrig die Schulden- und Finanzunion zu erobern.

Und ebenso wurde bisher die Sozialunion von der Mehrheit der Mitgliedsländer abgelehnt, weil z. B. Deutschland höhere Sozialversorgung hatte als andere Länder. Unter Corona-Maßnahmen hat jedoch die EU für alle Europäer ein Kurzarbeitergeld von 80 % (Deutschland hat nur 67 %) beschlossen, ist also nun auch für Sozialpolitik zuständig geworden. 80 % dieser neuen EU-Sozialwohltaten an alle zahlt Deutschland.

Ohne die Corona-Angst und ohne den willkürlichen Wirtschaftsstopp wären diese grundsätzlichen politischen Änderungen auf solchen Widerspruch gestoßen, dass sie wohl nicht durchsetzbar gewesen wären.

Noch nie ist bei einer Grippewelle die Gesamtwirtschaft gestoppt worden. Ökonomen wissen, dass die Schäden eines solchen Shutdowns ein Vielfaches einer Grippewelle – auch einer Coronawelle – sein werden. Ohne die künstliche Corona-Angst hätten die Politiker den Wirtschaftsstopp nicht durchsetzen können und ohne Corona hätten sie keine Begründung dafür, weshalb die von ihnen selbst geschaffenen Finanz-, und Wirtschaftsblasen nun platzen. Vielleicht gelingt es ihnen sogar, mit der Schuldzuweisung an Corona ihre Verantwortlichkeit für die kommende größte Wirtschaftskrise der Geschichte abzuschieben.

Das Corona-Panikorchester unserer Regierung (Söder, Altmaier, Spahn und Merkel) lenkt die Wirtschaft unökonomisch nach dem Taktstock eines umstrittenen Virologen. Hätte die Regierung einen Ökonomen in ihren Reihen, hätte sie wirtschaftspolitisch anders gehandelt:

1. Es hätte trotz Corona-Grippewelle nie zu einem Wirtschaftsstopp kommen dürfen. Die Regierung hat hier mit dramatischen Folgeschäden unzulässig und unnötig verwaltungswirtschaftlich in die Marktwirtschaft eingegriffen, statt es den Unternehmern und Gewerkschaften selbst zu überlassen, in den Betrieben für Gesundheitsschutz zu sorgen und die Betriebe so zu organisieren, dass mit maximaler Vorsicht Weiterarbeit möglich gewesen wäre. Schweden hat bewiesen, dass dies ging. Mit ihrem Zwangseingriff hat die Regierung in die Gewerbefreiheit und die Freiheit der Tarifpartner so massiv eingegriffen, dass Millionen von Unternehmen und 10 Millionen Arbeitsplätze davon nun in ihrer Existenz gefährdet sind und wir im Herbst das größte Unternehmenssterben der Nachkriegsgeschichte erleben werden.
2. Durch den Zwangswirtschaftsstopp verlieren wir nicht nur die schwachen Kleinstbetriebe, sondern auch hunderttausende von gesunden und insbesondere Start-up-Unternehmen. Es wird also nicht Marktauslese betrieben, sondern verwaltungswirtschaftliche Zwangsvernichtung mit dramatischen Dauerfolgen für unsere Volkswirtschaft.
3. Der konjunkturelle Wechsel von Boom und Rezession ist wie die Jahreszeiten ein Normalisierungs- und Gesundungsprozess – wenn man ihn lässt. Unsere Politik hat aber über ein Jahrzehnt die normale Unternehmensauslese einer Rezession durch Gelddrucken, Schuldenexplosion, Nullzins und illegale Anleihekäufe verhindert und nicht nur den echten Boom dadurch zur Scheinblüte mutieren, sondern auch immer mehr nicht mehr marktgerechte Unternehmen und unproduktive öffentliche Bereiche überleben lassen. Die Politik hätte also die begonnene Rezession erst einmal zur Regeneration unserer Wirtschaft wirken lassen und dann erst in der zweiten Phase des Abschwungs durch Hilfsmaßnahmen eingreifen dürfen. Die Regierung Merkel dagegen wollte überhaupt jede Regeneration und Sanierung unserer Wirtschaft ausschalten, indem sie Geldflutung schon zu Beginn dieser Rezession statt erst in deren Verlauf verordnet hat. Das Geld ist verloren, hat nur die zwangsläufig fällige Regeneration verschoben, verlängert und erschwert. Richtig wäre gewesen, diese Gelder im nächsten Jahr einzusetzen, wenn der Markt entschieden hat, welche Unternehmen zukunftsfähig sind und welche nicht.
4. Auch bei der Bestimmung der Gelder hat die Regierung große Fehler gemacht:

- Eine vorübergehende Mehrwertsteuersenkung auf ein halbes Jahr bringt überhaupt nichts. Die 20 Milliarden werden weder marktwirksam noch helfen sie jemandem wirklich, weil in vielen Fällen die doppelten Umstellungskosten den Ertrag aufzehren.
- Statt weitere Milliardenbeträge in den Konsum, nämlich in Kindergeld und Kurzarbeitergeldaufstockung, oder als Hilfe an Konzerne zu versenken, hätte die Regierung das Wirtschaftswunderkonzept von Ludwig Erhard wiederbeleben müssen: „Steuerfreiheit des im Unternehmen verbleibenden Gewinns.“ Oder anders ausgedrückt: Die Begrenzung des Gewinnbegriffs auf Ausschüttungen. Dies hätte gesunde, überlebensfähige Unternehmen gestärkt, die Auslese der schwachen erleichtert, hätte vor allem den mittelständischen Unternehmen geholfen, aus eigener Kraft (Gewinn) zu überstehen und zu wachsen und hat vor allem schon einmal Deutschland aus dem Kriegszusammenbruch zur Wirtschaftsblüte gebracht. Marktwirtschaftlich ist es immer sinnvoller, den Betrieben ihren Erfolg zu lassen als diesen zu zwei Dritteln abzusteuern, diese Steuern durch dutzende bürokratische Kanäle zu leiten und dann Teile davon als Staatsgeschenke oder Staatsdarlehen wieder zurückzugeben.

Würden die Gewinne in den Unternehmen bleiben und nur die Ausschüttungen versteuert, würde dies nach Berechnungen des Mittelstandsinstituts Niedersachsen in den nächsten zwei Jahren 40 bis 45 Milliarden Euro kosten, also nur etwa zwei Drittel der von der Regierung vorgesehenen Gelder. Vor allem aber wären damit Investitionen und Arbeitsplätze gefördert worden statt Konsum, dessen Gelder ohne Multiplikatorwirkung versickern.

Die Regierung hat also förderpolitisch alles falsch gemacht, was man falsch machen konnte. Statt die Krise als Chance zur Regeneration, zur Stärkung der gesunden, zukunftsfähigen Firmen und zum Gewinn neuer wirtschaftlicher Dynamik zu nutzen, hat sie wirtschaftliche Statik, Konsum und alte Strukturen zu erhalten versucht.

5. Der Verfasser hat in seinem Crash-Buch¹ schon vorausgesagt, dass der bevorstehende größte Crash unserer Wirtschaftsgeschichte nicht kurzfristig

¹ „Der große Crash-Ratgeber“, Kopp-Verlag 2017

sein würde, auch nicht kurzfristig bekämpft werden dürfte. Die angebliche „Geld-Bazooka“ der Regierung wird sich gegenüber den in eine Depression laufenden Korrekturkräften unserer und der Weltwirtschaft nicht durchsetzen, war untaugliches Mittel zur falschen Zeit mit falschem Ziel, für welches die nächste Generation abzahrend büßen muss. Gleiches gilt für die europäischen Milliarden Geschenke an die Zombiebanken und konkursreifen Mitgliedsländer, die letztlich keine Regeneration bewirken, sondern Korruption und Sozialmisswirtschaft erhalten.

Nur wenn aus dieser Krise Regeneration wird, kann Europa wieder wachsen. Wenn dagegen die nicht zukunftsfähigen Betriebe und Branchen sowie die mehr als die Hälfte der Staatsausgaben ausmachenden Sozialversorgungen und übersetzten Bürokratien erhalten bleiben, wird Europa nicht zukunftsfähiger, würden wir mit dieser Rezession eine Chance versäumen, welche uns im internationalen Wettbewerb zurückfallen lässt und unseren Wohlstand reduziert.

Mehr wirtschaftliche Dynamik und zukunftsfähige Betriebe bekommen wir nur, wenn wir die veralteten Strukturen reduzieren und alle Fördergelder aus den Konsumausgaben in Investitionen umlenken. Was wir nach 1947 geschaffen haben, würde auch jetzt möglich sein – allerdings auch nur, wenn wir unsere Spiel-, Spaß- und Genuss-Mentalität wieder wie in den 1950er Jahren durch Fleiß, Leistung, Sparsamkeit und Bescheidenheit ersetzen.

Prof. Dr. Eberhard Hamer